

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales  
und Gesundheit  
am Donnerstag, dem 04.05.2017, im Ausschusszimmer des  
Kreishauses Warendorf (4. OG, Raum A 4.01)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 11:15 Uhr**

		Seite
.	<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1.	Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	5
2.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	244/2017 6
3.	Bericht über das ESF Projekt "Familiär verfestigte Arbeitslosigkeit - Soziale Dienstleistungen Hand in Hand"	245/2017 8
4.	Aufsuchende Seniorenberatung	246/2017 9
5.	Vorstellung der Betreuungsstelle des Kreises Warendorf und ihrer Aufgaben	241/2017 10
.	<b><u>II. Nichtöffentlicher Teil</u></b>	
1.	Änderung der Vereinbarung mit der Verbraucherzentrale NRW	243/2017 11
2.	Änderung der Vereinbarung mit dem Trägerverbund Fachdienst für Integrationshilfen	242/2017 13

**Anlagen**

- Anlage 1 Sachstandsbericht des Jobcenters
- Anlage 2 ESF Projekt: Familiär verfestigte Arbeitslosigkeit „Soziale Dienstleistungen Hand in Hand – Teilhabe und Integration in Arbeit für Langzeitleistungsbeziehenden und –bezieher durch zielgruppenbezogene Produktionsnetzwerke“
- Anlage 3 Die Betreuungsstelle des Kreises Warendorf

**Anwesend:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Aydemir, Ergül
Birkhahn, Astrid
Blömker, Franz-Ludwig
Geiger, Andrea
Harrendorf-Vorländer, Birgit
Hein-Kötter, Dorothea
Heringloh-Poll, Norbert
Hohmann de Palma, Ingrid
Hövelmann, Volker
Lehnert, Susanne Dr.
Riveiro Vega, Sandra
Schindler, Ron
Schmelter, Marion
Steinkolk, Uwe
Stöppel, Gregor
Strecker, Rita
Strübbe, Robert
<b>von der Verwaltung</b>
Börger, Heinz Dr.
Hanewinkel, Martin
Hückelheim, Wolfgang Dr.
Klausmeier, Brigitte
Middendorf, Anne
Rehfeldt, Elke Dr.
Schabhüser, Helmut
Uhkötter, Richard

**Es fehlten:**

<b>Ausschussmitglieder</b>
Hermans, Pia

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass die Einladung zum Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit am 20.04.2017 form- und fristgerecht erfolgt ist.

<b>I. Öffentlicher Teil</b>
-----------------------------

<b>1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner</b>
--

Es wurden keine Fragen gestellt.

<b>2. Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht</b>	<b>244/2017</b>
---	-----------------

Frau Klausmeier verweist auf die vor der Sitzung per Mail zur Verfügung gestellte Präsentation der statistischen Daten des Jobcenters (sh. Anlage 1). Sie berichtet über ausgewählte Daten:

- die Entwicklung der SGB II-Bedarfsgemeinschaften, Leistungsberechtigten, erwerbsfähigen Leistungsberechtigten,
- Entwicklung des Zugangs und des Bestands an Bedarfsgemeinschaften von Flüchtlingen,
- Entwicklung des Bestands an erwerbsfähigen leistungsberechtigten Flüchtlingen.

Zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften teilt Frau Klausmeier mit, dass die Anzahl in 2017 voraussichtlich steigen werde. Das Bundesministerium für Arbeit und Migration arbeite inzwischen deutlich schneller die vorliegenden Anträge ab, so dass eine Steigerung insbesondere durch den Zugang von Flüchtlingen erfolgen werde.

Frau Klausmeier erläutert, dass zum 01.05.2017 ein Team zur Betreuung der Flüchtlinge gebildet wurde, um die erwerbsfähigen leistungsberechtigten Flüchtlinge noch besser betreuen zu können.

Das Team bestehe aus 15 Personen (14 Stellen), u. a. einer Teamleitung, 10 speziellen Ansprechpartnern und "Springern". Diese sollen flexibel in den Orten eingesetzt werden können, denen die Flüchtlinge zugewiesen werden.

Die Gruppe der Syrer stelle erstmalig die größte Gruppe von ausländischen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten dar. Durch Bildung des neuen Teams erhoffe sich das Jobcenter eine schnellere Integration dieser Personengruppe in Ausbildung und Arbeit. Das Team sei auch auf Defizite der Flüchtlinge wie z. B. fehlende Sprachkenntnisse und Vermittlung des Wertesystems spezialisiert.

Auf Nachfrage teilt Frau Klausmeier mit, dass Sie ggf. zur nächsten Sitzung Daten zur Strukturanalyse der Flüchtlinge wie vorhandene Sprachkenntnisse und berufliche Qualifizierung vorlegen könne.

Frau Hohmann de Palma erkundigt sich zur Betreuung der unter 25-jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und bittet, auch die gesundheitlichen Aspekte der Flüchtlinge in den Blick zu nehmen.

Zu der Personengruppe der unter 25-jährigen gibt es Nachfragen von Herrn Blömker.

Frau Klausmeier berichtet dazu, dass für diese Personengruppe bereits ein eigenes Team vorhanden sei. Es sei beabsichtigt, dass dieses zukünftig auch verstärkt in Schulen vorstellig werde.

Herr Dr. Börger weist auf die unzureichende Situation für die unter 25-jährigen auf Landesebene hin. Die Landesregierung weigere sich bedauerlicherweise, für Flüchtlinge unter 25 Jahre eine Schulpflicht vorzuschreiben.

Das neue Angebot „Fit für mehr!“, dass unabhängig von der Schulpflicht und der Bleibeperspektive für 16- bis 25-jährige Neuzugewanderte zugänglich ist und diesen die Möglichkeit bietet, sich schulisch auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt vorzubereiten, sei hier nicht ausreichend.

An der Aussprache über den Bericht von Frau Klausmeier beteiligt sich des Weiteren Frau Birkhahn.

<b>3.</b>	<b>Bericht über das ESF Projekt "Familiär verfestigte Arbeitslosigkeit - Soziale Dienstleistungen Hand in Hand"</b>	<b>245/2017</b>
-----------	---	-----------------

Herr Hanewinkel erläutert das ESF-Projekt zur familiär verfestigten Arbeitslosigkeit (Anlage 2). Die jeweils 6 ausgewählten Familien aus Ahlen und Warendorf mit Kindern in unterschiedlichem Alter hätten verschiedene Problematiken aufgewiesen, um so am besten die Funktionalität des Netzwerkes überprüfen zu können.

Die Durchführung des Projektes habe sich nicht einfach gestaltet, da jeder der vielen Kooperationspartner eigene Zielverfolge.

Auf Nachfrage von Herrn Blömker und Frau Birkhahn zum Zweck des Projektes teilt Herr Hanewinkel mit, dass es Ziel sei, die bestehenden Strukturen für die Leistungsberechtigten fördernder zu gestalten. Dazu sei eine Problemanalyse erforderlich gewesen. Eine sofortige Vermittlung der Hilfeempfänger in Arbeit war nicht Ziel des Projektes und wäre auch nicht möglich.

Die gute Zusammenarbeit mit der Stadt Ahlen hebt Herr Hanewinkel besonders hervor.

An der Aussprache über den Bericht von Herrn Hanewinkel beteiligen sich Frau Riveiro Vega und Frau Hohmann de Palma.



**4. Aufsuchende Seniorenberatung****246/2017**

Frau Middendorf weist auf die steigende Pflegebedürftigkeit hin, für 2040 würde für den Kreis ein Anstieg um ca. 36 % auf 10.200 Pflegebedürftige prognostiziert. Dieses sei eine positive Prognose. Würde die Fortschreibung auf dem aktuellen Stand erfolgen (10 % Steigung von 2003 bis 2013), stünde eine Steigerung der Pflegebedürftigen um 58 % bis zum Jahre 2040 an. Dieser Herausforderung solle mit einer frühzeitigen und vorbeugenden Beratung begegnet werden.

Die derzeitigen Maßnahmen wie Clearingverfahren, Fallmanagement und Ausbau der zugehenden Beratung würden nach Eintritt der Pflegebedürftigkeit durchgeführt. Das geplante Projekt habe jedoch das Ziel, vor dem Fall zu kommen. Bei frühzeitiger Information und Beratung älterer Menschen können Hilfen möglicherweise verhindert oder hinausgeschoben werden. Das Pilotprojekt solle zunächst in Everswinkel erfolgen, und in einer Veranstaltungsreihe zum Thema Älterwerden eingebettet werden.

Nach einer ersten Info-Veranstaltung für alle Bürgerinnen und Bürger am 07.06.2017 würden alle Einwohner über 75 Jahre persönlich angeschrieben. Auf Wunsch würden anschließend Beratungen und Hausbesuche durchgeführt. Danach sollen die entsprechenden Bürgerinnen und Bürger in einem Turnus von 2 Jahren angeschrieben werden.

Im Kreis Siegen-Wittgenstein seien gute Erfahrungen durch das Verfahren der präventiven Hausbesuche gemacht worden.

Auf Nachfrage von Herrn Blömker teilt Frau Middendorf mit, es das Ziel sei das Projekt mit den gewonnenen Erfahrungen flächendeckend einzuführen.

Herr Stöppel lobt den Projektansatz, hält es jedoch für wünschenswert, das Projekt ggf. bei einer jüngeren Altersgruppe anzusetzen.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass die Grenze frei gewählt sei, die Pflege jedoch im Vordergrund stehe und die Inanspruchnahme von Pflegegeld erst verstärkt bei der Altersgruppe ab 80 Jahren erfolge.

An der Aussprache über den Bericht von Frau Middendorf beteiligen sich des Weiteren Frau Birkhahn, Frau Hohmann de Palma, Frau Schmelter und Frau Strecker.

<b>5. Vorstellung der Betreuungsstelle des Kreises Warendorf und ihrer Aufgaben</b>
---

<b>241/2017</b>
-----------------

Herr Dr. Hückelheim stellt die Betreuungsstelle des Kreises Warendorf anhand einer Präsentation vor (Anlage 3). Er teilt mit, dass die rechtliche Betreuung seit dem 01.01.1992 die Vormundschaft ersetzt. Im Gegensatz zur Anzahl der rückgängigen Betreuungsverfahren auf Bundesebene sei diese im Kreis Warendorf steigend, führt Herr Dr. Hückelheim aus.

Er weist darauf hin, unter dem Begriff "Betreuung" vorrangig eine rechtliche Vertretung und nicht eine soziale, gesundheitliche oder pflegerische Betreuung zu verstehen ist. Eigene rechtliche Betreuungen führe das Gesundheitsamt nicht mehr durch.

Auf Nachfrage von Herrn Blömker zur Gewinnung von Ehrenamtlichen für eine Betreuung teilt Herr Dr. Hückelheim mit, dass jeweils im konkreten Fall im Umfeld des Betroffenen Beratungen und Anfragen für eine ehrenamtliche Betreuung erfolgen. Diese ehrenamtlichen Betreuungen seien auch zu bevorzugen, jedoch können im Einzelfall auch persönliche Gründe oder die Schwere der Erkrankung des zu Betreuenden dagegen sprechen. Es sei immer eine Einzelfallentscheidung. Zudem sei es auch nicht immer ideal, einen Betreuer aus der Familie zu bestellen.

Herr Hövelmann erkundigt sich zur Überwachung der Betreuung bzw. des Betreuers, z. B. bei der Vermögensvorsorge.

Herr Dr. Hückelheim erklärt dazu, dass die Betreuungsstelle nur auf gerichtlichen Auftrag hin tätig werde. In diesem Fall sowie bei Beschwerden direkt beim Kreis erfolge dann eine Sachverhaltsermittlung.

Zur Frage der Altersstruktur der Betreuten im Kreis Warendorf gebe es keine Daten, teilt Herr Dr. Hückelheim mit. Unter Betreuung stünden jedoch nicht nur ältere Menschen, sondern auch viele psychisch Kranke.

Abschließend weist Herr Dr. Hückelheim darauf hin, dass es auch die Möglichkeit gebe, eine Betreuung zu beenden. Einerseits könne die Notwendigkeit der Beibehaltung einer Betreuung geprüft werden. Zudem müsse eine Betreuung einvernehmlich erfolgen, so dass ggf. ein Betreuerwechsel möglich sei.

An der Aussprache über den Bericht von Herrn Dr. Hückelheim beteiligen sich des Weiteren Frau Schmelter, Frau Hohmann de Palma und Frau Harrendorf-Vorländer.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 11.15 Uhr.

Robert Strübbe  
Vorsitzender

Dr. Heinz Börger  
Schriftführer